

Niederschrift

über die 6 Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 30.06.2010,
18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

- 1 .** Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 .** Vorstellung der Planung zum Ausbau der K3 zwischen Birgden und Gillrath
Vorlage: 194/2010
- 3 .** Einrichtung eines Bürgerbüros im Rathaus
Vorlage: 181/2010
- 4 .** Beratung und Beschlussfassung über eine Fortschreibung des Maßnahmenkatalogs zum Konjunkturpaket II
Vorlage: 173/2010
- 5 .** Durchführung eines Wegeeinziehungsverfahrens für einen städtischen Wirtschaftsweg in Apweiler
Vorlage: 178/2010
- 6 .** Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 28 der Stadt Geilenkirchen für eine Bebauung des Grundstückes Jahnstraße Ecke Josefstraße
Vorlage: 183/2010
- 7 .** Ausbau der Straßen "Hahnrather Busch" und " Auf dem Tecker" in Süggerath
Vorlage: 210/2010
- 8 .** Ausbau der Straßen Frankenstraße, Oberste Hof und Weidengracht in Lindern
Vorlage: 212/2010
- 9 .** Vorstellung und Beratung der Entwurfsplanung zum Ausbau der Apweiler Straße in Immendorf
Vorlage: 085/2010
- 10 .** Vorstellung und Beratung der Entwurfsplanung zur dorfgerechten Neugestaltung der Feigengasse in Prummern
Vorlage: 122/2010
- 11 .** Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 12 .** Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Franz Beemelmanns
5. Hans-Jürgen Benden
6. Herbert Brandt
7. Karl-Peter Conrads
8. Klaus Dohlen
9. Uwe Eggert
10. Dr. Stefan Evertz
11. Toska Frohn
12. Johann Graf
13. Theresia Hensen
14. Dipl. Ing. Johannes Henßen
15. Horst-Eberhard Hoffmann
16. Karin Hoffmann
17. Rainer Jansen
18. Gabriele Kals-Deußen
19. Michael Kappes
20. Dipl. Ing. Stefan Kassel
21. Heinz Kohnen
22. Christian Kravanja
23. Leonhard Kuhn
24. Gerd Latour
25. Markus Melchers
26. Manfred Mingers
27. Uwe Neudeck
28. Hans-Josef Paulus
29. Manfred Schumacher
30. Barbara Slupik
31. Manfred Solenski
32. Kurt Sybertz
33. Raimund Tartler
34. Ruth Thelen
35. Marlis Tings
36. Dipl.-Ing. Harald Volles
37. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

38. Beigeordneter Hans Hausmann
39. Beigeordneter Herbert Brunen
40. Heinrich Gemünd
41. Franz Willems
42. Alexander Jansen
43. Susanne Köppl

Protokollführerin

44. Tina Offermanns

Es fehlten:

45. Wilfried Kleinen

46. Dr. Joachim Möhring

Bürgermeister Fiedler eröffnete die Sitzung um 18:00 Uhr und begrüßte die Anwesenden zum sommerlichen Abend mit umfangreicher Tagesordnung. Er stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Entschuldigt fehlten Stadtverordneter Dr. Möhring und Stadtverordneter Kleinen. Zudem habe Stadtverordneter Wolff angekündigt, die Sitzung aufgrund der Einladung zur Verabschiedung des Vorstandsvorsitzenden der Kreissparkasse Heinsberg, Herrn Salentin, frühzeitig zu verlassen. Bürgermeister Fiedler bat den Stadtverordneten Wolff Herrn Salentin auch die besten Grüße im Namen des Rates und der Verwaltung der Stadt Geilenkirchen zu übermitteln. Einwendungen gegen die letzte Niederschrift wurden nicht erhoben.

Bürgermeister Fiedler beantragte, dass die Tagesordnung um eine Auftragsvergabe unter Punkt 14.14 mit dem Titel „Vergabe eines Auftrags zur Lieferung eines Traktors für den Bauhof“ erweitert werde. Der Rat stimmte dem Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung zu.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

1. Bürgermeister Fiedler informierte darüber, dass das Diakonische Werk des Kirchenkreises Jülich sich an die Stadt Geilenkirchen und die Stadt Übach-Palenberg mit einem Antrag auf Beteiligung an einem Projekt gewandt habe, das unter dem Namen „Gangway“ zur Förderung beim Bundesarbeitsministerium eingereicht und inzwischen bewilligt worden sei. Das Projekt zielle auf den Aufbau niederschwelliger Informationsangebote – also leicht erreichbare, gut verständliche und praktische verwertbare Informationen – für Zuwanderinnen und Zuwanderer im Kreis Heinsberg. Ein weiteres Ziel sei die Qualifizierung ehrenamtlicher Kräfte für den Betrieb solcher Informationspunkte in den Städten Geilenkirchen und Übach-Palenberg. Ein drittes Ziel sei die Initiierung interkultureller Angebote für ausländische Frauen. Im Fokus des Projektes stehe die Schulung von Multiplikatoren, die auf freiwilliger Basis in Team- und Gruppenarbeit ein Netzwerk von „Integrationslotsen“ bilden werden. Das diakonische Werk werde zur Leitung des Projektes, welches sich stark auf die Vernetzung von ehrenamtlichen Helfern und bereits professionell im Bereich der Integration tätigen Personen stütze, mit den Städten Geilenkirchen und Übach-Palenberg einen Handlungsplan ausarbeiten, der dem Fachausschuss und dem Rat in den ersten Sitzungen nach der Sommerpause zur Beratung und Abstimmung vorgelegt werde. Die mit 80% hohe Förderquote des Projektes ermögliche den eingeladenen Kommunen eine Nutznießung der angebotenen Dienstleistungen zu einem relativ geringen Betrag von 450 € im Monat. Das Projekt genieße jetzt schon die Zustimmung der am Runden Tisch für Flüchtlingsarbeit Geilenkirchen beteiligten Organisationen. Genauere Informationen über diese Projektbeteiligung werde den Fraktionen möglichst zeitnah zugehen.

2. Bürgermeister Fiedler fuhr fort, dass die Verwaltung sich in den letzten Monaten intensiv mit den denkbaren Varianten eines Parkraummanagements beschäftigt habe. Sie habe sich zudem mit dem Aktionskreis Geilenkirchen in der Frage beraten, wie künftig das Parkraumangebot in der Innenstadt Geilenkirchens gestaltet werden solle. Nach der Vollendung des 1. Bauabschnitts der Konrad-Adenauer-Straße werde von verschiedenen Seiten vereinzelt die 1-Stunden-Parkraumregelung kritisch hinterfragt. Dazu wolle er folgendes mitteilen: Die Verwaltung plane die Beibehaltung der 1-Stunden-Parkraumbegrenzung für den verkehrsberuhigten Teil der Konrad-Adenauer-Straße und alle anderen unmittelbar in der Innenstadt angrenzenden Parkflächen, die bereits jetzt schon auf eine Stunde begrenzt seien. Darüber hinaus werde die Verwaltung eine Reihe von Parkplätzen für eine Parkdauer von zwei Stunden ausweisen. Dazu gehöre der Parkplatz In der Au, der Parkplatz hinter der Kreishandwerkerschaft, das Parkhaus hinter dem Rathaus. Und der Parkplatz hinter dem Bahnübergang (Nähe griechisches Restaurant). Spezielle Hinweisschilder würden zudem in Kürze auf die Parkplätze für Dauerparker im P+R-Parkhaus und auf dem Wurmauenpark hinweisen. Rechne man die bewirtschafteten Parkplätze am Rewe-Markt (Haihover-Straße) und künftig auch im neuen Einkaufszentrum dazu, so ergebe sich eine ausreichende Zahl von Parkplätzen, die für alle Interessengruppen, nämlich die Kurzparker für Einkäufe und kurze Erledigungen, Besucher von Arztpraxen usw., Besucher der Supermärkte und Dauerparker zur Verfügung stünden. Die Verwaltung werde mit dem Aktionskreis einfache, aber wirksame Werbemittel absprechen, die in allen Geschäften, Arztpraxen und anderen Einrichtungen ausliegen würden. Neben einer guten graphischen Darstellung dieser verschiedenen innerstädtischen Parkmöglichkeiten werde sich Geilenkirchen in diesen Werbemitteln als eine der wenigen Städte im Kreis und in der Region darstellen, die nicht auf Parkgebühren, also eine Bewirtschaftung der Parkplätze setze, sondern auf ein Parkraummanagement mit Parkscheibe und eine angemessene Kontrolle und Ahndung verkehrswidrigen Verhaltens. Die hier dargestellten Maßnahmen seien ohne großen Kostenaufwand und basierend auf den bisherigen Regelungen durchführbar. Sie seien aber, weil nichts ewig sei, auch ohne großen Aufwand wieder änderbar. Die jetzige hier vorgestellte Parkregelung könne deshalb, sofern andere Erfahrungen gemacht würden, durch eine andere Lösung ersetzt werden.

Von verschiedenen Seiten werde zudem nach Abschluss der Bauarbeiten im 1. Bauabschnitt die Frage nach der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 20km gestellt. Aus Sicht der Verwaltung ergebe sich die Notwendigkeit einer Reduzierung der Geschwindigkeit auf 20km im Bereich des 1. Bauabschnitts der Konrad-Adenauer-Straße ohnehin. Aus Sicht der Verwaltung sollten zudem die Schilder die im künftigen 2. Bauabschnitt der Konrad-Adenauer-Straße schon jetzt die Geschwindigkeit auf 20km reduzieren, stehen bleiben und die Regelung Bestand habe. Einwände von Seiten mancher Kraftfahrer, wenn man dort mit 50km durchfahren würde, wäre bei einer Verkehrskontrolle der Führerschein weg, und deshalb sei eine Anhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h notwendig, würden nur der Rechtfertigung verkehrswidrigen Verhaltens dienen und seien aus Sicht der Verwaltung abwegig. Aufgrund der hohen Fußgängerfrequenz, des parkraumsuchenden Verkehrs, der z.T. sehr undiszipliniert radfahrenden Schülerinnen und Schüler und der oh-

nehin langsames Fahren gebietenden Fußgängerquerungen halte die Verwaltung die Regelung, so wie sie sei, für richtig. Die Vorstellung der Entwurfsplanung des Büros BKR für den 2. Bauabschnitt der Konrad-Adenauer-Straße in der kommenden Woche im Stewi werde die Notwendigkeiten einer solchen Verkehrsberuhigung noch unterstreichen.

3. Abschließend machte Bürgermeister Fiedler auf die Einwohnerversammlung zum Thema „Reaktivierung der Bahnstrecke Heinsberg-Lindern“ in der Turnhalle Lindern am 12.07.2010 aufmerksam.

TOP 2 Vorstellung der Planung zum Ausbau der K3 zwischen Birgden und Gillrath

Vorlage: 194/2010

Bürgermeister Fiedler begrüßte den Dezernenten des Kreises Heinsberg, Herrn Josef Nießen, sowie Herrn Gietemann Inhaber des gleichnamigen Ingenieurbüros. Er machte darauf aufmerksam, dass die Vorstellung der Planung der K3 zwischen Birgden und Gillrath natürlich nicht den Wünschen des Rates der Stadt Geilenkirchen entspräche, der sich für die Variante 2 ausgesprochen habe. Dennoch plädierte er dafür, die Vorstellung anzusehen und keine Generaldebatte entbrennen zu lassen.

Dezernent Nießen dankte für die einleitenden Worte und die freundliche Begrüßung. Die heutige Vorstellung sei kein offizieller Verfahrensschritt. Vielmehr solle der derzeitige Planungsstand wiedergegeben und Fragen, Anregungen und Probleme besprochen werden.

Bezug nehmend auf die erste Folie der Power Point Präsentation erläuterte er, dass hier das aktuelle Straßennetz mit den Kreisgrenzen zu den Niederlanden dargestellt werde. Eine Straßenplanung laufe grundsätzlich in drei Schritten ab. Im ersten Schritt würden Voruntersuchungen angestellt, die Linienabstimmung durchgeführt, erste Versammlungen sowie Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange stattfinden. Diese Phase sei im Kreis im Jahr 2007 abgeschlossen worden. In 2008 sei abschließend die Entscheidung für die „Teil Null Variante“ gefallen. Daraufhin sei die Auftragsvergabe an das Ingenieurbüro Gietemann erfolgt, das den Streckencharakter genau geprüft und die Objektplanung vorgenommen habe. Für das Planfeststellungsverfahren sei noch eine Projektplanung en Detail erforderlich, die in den Planfeststellungsbeschluss münde. Verfahrensträgerin sei in diesem Fall nicht der Kreis Heinsberg sondern die Bezirksregierung. Gegen den späteren Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung könne natürlich geklagt werden. Abschließender Schritt jeder Straßenplanung sei dann die tatsächliche bauliche Ausführung.

Dezernent Nießen fuhr fort, dass erste Verkehrsuntersuchungen für den Planraum im Jahr 2000 vorgenommen worden seien. Hierbei seien auch weitere Straßenbauprojekte berücksichtigt worden.

So erklärte Dezernent Nießen zum Ausbau der L42n, dass sich die Planung entgegen aller Erwartungen in Stufe II befinde; dies bedeute, dass eine reale Beplanung der Strecke nicht vorgenommen werden dürfe und die Realisierung damit in weite Ferne rücke.

Die Straßennetzveränderungen auf niederländischer Seite seien konkreter. Zur Straßenplanung Brunsum-Geilenkirchen habe der Kreis bereits eine Stellungnahme abgegeben. Die B56n bei Gangelt/Vinteln werde derzeit gebaut. Ein weiteres Projekt

sei die Umgehungsstraße Haaren/Lieck. Beim kürzlich erfolgten ersten Spatenstich, habe Minister Lienenkämper festgestellt, dass es sich bei der EK5 um eine schnelle Straßenplanung handle. Dezernent Nießen verdeutlichte an diesem Beispiel die Planungs- und Realisierungszeiträume von neuen Straßen, da die EK5 bereits in den 90er Jahren initiiert worden sei.

Die EK3 sei eine von mehreren Maßnahmen. Eine aktuelle Verkehrsuntersuchung belege, dass in diesem Bereich überwiegend Ziel- und Quellverkehre anfallen. Zudem werde damit aufgezeigt, dass unabhängig von der Ausbauvariante das Verkehrsaufkommen auf der K3 zwischen Gillrath und Teveren bei 3.500-4.000 Fahrzeugen täglich liege. Bei Berechnung dieser Zahl sei die Entwicklung aller Kreisstraßen sowie die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt worden.

Er zeigte auf, dass nach dem Ausbau der B56 die Ortschaften Süsterseel und Wehr merklich vom Verkehr entlastet worden seien. Insbesondere der Schwerlastverkehr habe sich reduziert.

Er sehe keinen Anhaltspunkt, warum dies in Gangelt, Stahe oder Gillrath anders sein werde.

Dezernent Nießen erörterte, dass der heutige Termin zur Aufnahme neuer Anregungen diene. Denn Gründlichkeit gehe vor Schnelligkeit. Zudem betonte er, dass der eingeplante Radweg entlang der K3 ein nicht wegzudenkender Standard sei.

An dieser Stelle übergab er das Wort an Herrn Gietemann, der die Planung anhand einer Power Point Präsentation aus technischer Sicht vorstellte.

(Beide Power Point Präsentationen sind in der **Anlage** beigelegt.)

Nach der Präsentation erklärte Stadtverordneter Beemelmanns, dass er drei Fragen an Dezernent Nießen habe.

Zum einen erkundigte er sich, warum die Ortsumgehung Gangelt noch gebaut werde, wenn durch die B56n ohnehin viel Verkehr abgefangen werde. Des Weiteren fragte er nach, welche Erweiterung der Müllumladestation gemeint sei und wie hoch die Gesamtkosten der Straßenbaumaßnahme seien.

Dezernent Nießen antwortete, dass die B56n zur Reduzierung des Verkehrs in Gangelt beigetragen habe. Dennoch werde sich der Verkehr laut Untersuchungen in Gangelt auf der K17 zukünftig fast verdoppeln. Das Zentrum Gangelts weise einige verkehrliche Mängel, wie das enge Stadttor oder die kleinen Kreisverkehre, auf, so dass der Ausbau der Ortsumgehung komplettiert werde. Weiter erklärte er, dass die Deponierung nicht wiedereröffnet werde. Eine Flächenbevorratung im umliegenden Außenbereich einer Deponie sei die Regel. Die Deponie werde sicherlich noch weitere zehn Jahre als zentraler Umschlagplatz dienen. Die Kosten der Maßnahme beliefen sich nach groben Schätzungen auf ca. 1,5 Millionen Euro pro Kilometer zzgl. einiger Mehrkosten für die Kreisverkehre. Im Vergleich zu den anderen Varianten sei die „Teil Null Variante“ die Günstigste. Die Einsparung liege in einem siebenstelligen Bereich.

Stadtverordnete Kals-Deußen teilte mit, dass ihre Fraktion Bedenken habe. So werde die Planung einer weiteren Trasse vor Birgden befürchtet. Außerdem fragte sie

nach, wie sehr die Ampelanlage auf der Karl-Arnold-Straße den Verkehr entzerren könne. Den Kreisverkehr vor Hatterath lehne sie ab. Natürlich sei positiv, dass die Einfahrt in den Hatterather Weg entschärft werde. Ihres Erachtens werde der neue Kreisverkehr jedoch dazu genutzt, den Weg aus Birgden Richtung Gewerbegebiet Niederheid abzukürzen. Dies sei nicht zielführend. Zudem habe sie nicht verstanden, wie insbesondere bei Beerdigungen die Querung der Konrad-Adenauer-Straße von der Kirche aus kommend Richtung Friedhof angedacht sei.

Dezernent Nießen entgegnete, dass die Ampel den Vorteil habe, dass die B56 an einer zentralen Stelle sicher überquert werden könne. Eine solche Querung sei im gesamten Straßenverlauf der Karl-Arnold-Straße nicht auffindbar. Straßenplanung sei aber auch nach wie vor ein dynamischer Prozess. Wenn nach einiger Zeit die Ampelschaltung kritisiert werden würde, könnte dann alternativ über einen Kreisverkehr nachgedacht werden. Des Weiteren solle die K3 durch die Kreisverkehre sicherer gestaltet und entschleunigt werden. Die Sorge der Stadtverordneten Kals-Deußen bezüglich des ersten Kreisverkehrs vor Hatterath könne er verstehen, er teile sie jedoch nicht. Auf dem Weg in das Gewerbegebiet Geilenkirchen sei nicht von Vorteil, die enge Straße durch Hatterath mit Tempo 30 zu befahren. Letztlich betonte er, dass am Kreisverkehr in Birgden keine andere Linienführung als die Vorgestellte vorgesehen sei.

Herr Gietemann ergänzte, dass die Einmündung der K3 in die B56 auf zwei Arten möglich gewesen sei. Zum einen hätte ein Kreisverkehr gebaut werden können. Die Art der Verkehrsführung habe sich zum Beispiel im Stadtbereich Geilenkirchens bewährt und sei auch beim Landesbetrieb beliebt. Diese erste und bessere Variante könne jedoch mangels Grunderwerb nicht umgesetzt werden. Daher werde eine Ampelschaltung als zweitbeste und sicherste Lösung geplant. Durch Lichtsignale werde die Querung der B56 für Fußgänger auf zwei Seiten möglich. Die Ampel könne ebenfalls die anfallenden Verkehrsströme ohne Probleme bewältigen und den Verkehr auch lenken. Dies sei zum Beispiel nachts von Vorteil.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass beim Landtag NRW drei Petitionen zum Thema Ausbau der K3 eingereicht worden seien. Der eben vorgestellte Entwurf stelle seines Erachtens keinen Teilausbau der „Teil Null Variante“ sondern eine XXL-Variante dar. Ein Ausbau vom Hahnbusch bis Gillrath sei eventuell denkbar. Lediglich der Nicht-Ausbau mache die Straße für Verkehr unattraktiv und führe zu einer geringeren Verkehrsbelastung. Zudem plädiere seine Fraktion dafür, die Karl-Arnold-Straße insbesondere in den Ortseingangslagen mit verkehrsberuhigten Maßnahmen zu versehen. Er wies außerdem darauf hin, dass am 03.11.2009 der Petitionsausschuss des Landtags getagt habe. An der Sitzung hätten unter anderem auch Dezernent Nießen, I. Beigeordneter Hausmann und er teilgenommen. Daher sei er darüber verwundert, dass die Empfehlungen des Ausschusses nicht mit in die Planungen eingeflossen seien. Er fragte nach, wann und in welchem Zeitrahmen die Ausbauarbeiten beginnen sollen und ob auch die Verkehrsberuhigung auf der Karl-Arnold-Straße vorgenommen werde. Weiterhin monierte er, dass zum Bau der Radwege auf der Birgdenener Straße vor dem Friedhof zahlreiche Bäume gefällt werden müssten. In diesem Zusammenhang erkundigte er sich, wie viel Waldfläche vom Hahnrather Busch dem Ausbau zum Opfer falle. Darüber hinaus sei der Kreisverkehr vor Hatterath überdimensioniert. Er fragte nach, inwiefern und in welchen Dimensio-

nen der Ausbau der Straße Bredriesch geplant sei und ob überprüft worden sei, wie viel Verkehr in Hatterath anfalle.

Dezernent Nießen antwortete, dass der Verkehr unabhängig von der Ausbauvariante anfalle, da es sich um Ziel- und Quellverkehre handele. Der Bau der Variante 2 sei darüber hinaus aufgrund des schlechten Kosten-Nutzenverhältnisses keine Option gewesen. Zum Ausgang des Petitionverfahrens habe es zwei Stimmen gegeben. Die einen hätten verlautbart, dass der Ausbau der K3 gekippt worden sei und die anderen meinten, dass die Position des Kreises bestätigt worden sei. Nach persönlicher Rücksprache mit dem Referenten des Ausschusses, sei ihm mündlich bestätigt worden, dass die Haltung des Kreises bestätigt worden sei. Damals habe er sich diese Aussage nicht schriftlich geben lassen, dies könne, wenn es gewünscht sei, natürlich noch nachgeholt werden. Des Weiteren erläuterte er, dass es mehrere Bürgerinitiativen gegen verschiedene Ausbauvarianten gegeben habe. Letztlich habe man sich dann für die Variante 0 entschieden. Er bestätigte, dass Bäume an der Birgdener Straße gefällt werden müssten und ca. 1,5ha Waldgebiet. Ohne Klageverfahren sei bei normalem Verlauf der Bauplanung, in ca. fünf Jahren mit dem Baubeginn zu rechnen. Herr Gietemann ergänzte, dass die Straße Bredriesch als normale städtische Straße geplant sei.

Stadtverordneter Benden meinte, dass der Beschluss des Ausschusses klar formuliert gewesen sei. Erst nach Ausbau der B56n solle die Notwendigkeit des Ausbaus der K3 geprüft werden.

Dezernent Nießen erwiderte, dass die Straße durch den Ausbau sicherer gemacht werden solle. Insgesamt würden zwei Planungs- und Bauabschnitte (K13 bis Deponie, Deponie bis Gillrath) gebildet und die Straße entschleunigt. Im Übrigen verstehe er die Haltung der Grünen nicht. Immerhin hätten sie sich damals für die Teil-Null-Variante ausgesprochen.

Stadtverordneter Kravanja warf ein, dass er den Eindruck habe, dass eine „Self-fulfilling-prophecy“ geschaffen werde. Seines Erachtens habe auch der Kreistag damals entschieden, die Entwicklung des Verkehrs nach Ausbau der B56n abzuwarten. Er vertrete auch die Meinung, dass die K3 durch den Ausbau attraktiver gemacht werde. So seien beispielsweise auch zur Attraktivitätssteigerung in Geilenkirchen Kreisverkehrs installiert worden. Man schaffe durch den Ausbau die Voraussetzungen dafür, dass die Verkehrsprognose tatsächlich eintrete. Je unattraktiver eine Straße gestaltet sei, desto weniger Verkehr befahre sie. Der Zielverkehr nutze die jetzige Straße auch jetzt. Daher sehe er keinen Grund für den Ausbau.

Dezernent Nießen brachte vor, dass für die Region glücklicherweise ein Bevölkerungszuwachs von 4% erwartet werde. Hinzu käme eine dynamische Entwicklung der Wirtschaft in der niederländischen Grenzregion. Dies führe insgesamt zu einem Zuwachs an Verkehr. Die bisherige freie Strecke der K3 solle entschleunigt werden und der anwachsenden Verkehrsmenge standhalten. Im Übrigen habe der Fachausschuss der weiteren Planung mit der Maßgabe zugestimmt, der Verkehrssicherheit in besonderem Maße Rechnung zu tragen.

Stadtverordneter Kohnen fragte nach, ob auf Höhe der Kapelle am Hahnbusch ein Parkplatz eingerichtet werde.

Dezernent Nießen antwortete, dass momentan noch kein Parkplatz vorgesehen sei. Er kenne jedoch die Situation an der Kapelle. Fraglich sei, wie attraktiv man einen Parkplatz an dieser Stelle gestalten könne und weist auf die Problematik „wilder Müllablagerungen“ hin. Gerne nehme er diese Frage aber als Anregung auf.

Stadtverordneter Jansen argwöhnte, dass kein Mensch diese Straße wolle oder brauche. Nur der Kreis befürworte den Ausbau und „verballere“ zehn Millionen Euro. Er schlug vor, die Fertigstellung der B56n abzuwarten und danach über den Ausbau der K3 zu entscheiden.

Dezernent Nießen entgegnete, dass schon alleine die schlechte Verkehrssituation in Birgden den Bau einer Ortsumgehung rechtfertige. Der Bedarf sei hier unschwer erkennbar und die Gelder würden nicht verballert, sondern sinnvoll genutzt. Die Umgehungsstraße Birgden werde genau wie die B56n gebaut. In Birgden stünden die Häuser regelrecht auf der Straße.

Stadtverordneter Jansen meinte, dass man in Geilenkirchen unabhängig von der Situation in Birgden planen müsse.

Auf Nachfrage von Bürgermeister Fiedler führte Dezernent Nießen aus, dass derzeit rund 4.000 Fahrzeuge die K3 passieren würden. Zukünftig würde diese Menge auf deutlich über 6.000 Fahrzeuge anwachsen – egal ob der Ausbau der K3 stattfindet oder nicht.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Sybertz erörtere Herr Gietemann, dass in einem späteren Verfahrensschritt die Planungen hinsichtlich der Schadstoffbelastungen und lärmtechnischen Vorschriften überprüft würden. Die Ampelanlage werde hierbei selbstverständlich berücksichtigt.

Stadtverordnete Kals-Deußen bekundete, dass sie dem Stadtverordneten Benden zustimme und für einen Ausbau ab der Mülldeponie sei. Dennoch müsse angesichts der Verkehrssituation in Birgden, auch über den Tellerrand geschaut werden. Eine Entlastung sei hier sinnvoll. Diese werde aber schon durch einen Ausbau ab der Mülldeponie erreicht. Auch der Kreis müsse ihres Erachtens sorgsam mit seinen finanziellen Mitteln umgehen. Sie fahre die K3 täglich zur Arbeit und schätze die Situation so ein, dass eine Reduzierung der Geschwindigkeitsvorgaben zur Erhöhung der Sicherheit beitrage.

Stadtverordnete Frohn kritisierte, dass in Birgden eine Entlastung der Verkehrssituation herbeigeführt werde, indem der Verkehr den Ortschaften Gillrath und Hatterath zugeleitet werde. Dafür habe sie kein Verständnis. Der Ausbau der K3 berge, abgesehen vom eben angesprochenen wirtschaftlichen, keinen Vorteil.

Stadtverordneter Wolff schloss sich der Aussage der Stadtverordneten an. Der Rat der Stadt Geilenkirchen habe sich klar für die Variante 2 ausgesprochen. Die vorgestellte Planung halte er nach wie vor für sinnlos.

Bürgermeister Fiedler schlug zur Klärung des Ausgangs des Petitionverfahrens Dezernent Nießen vor, eine schriftliche Bestätigung des Petitionsausschusses einzuholen. Stadtverordneter Benden erklärte sich bereit, die Anfrage zu formulieren.

Dezernent Nießen betonte abschließend, dass bei der Entscheidung zwei Bürgerinitiativen gegen verschiedene Ausbauvarianten berücksichtigt worden seien. Letzten Endes habe mehr für den Ausbau der K3 gesprochen. Er sei überzeugt, dass insgesamt – unter Berücksichtigung der B56n – eine Entlastung der Ortschaft Gillrath stattfinden werde.

Bürgermeister Fiedler dankte dem Dezernenten und Herrn Gietemann für die ausführlichen und detaillierten Informationen und das Gespräch.

(Die Stadtverordneten Paulus und Wolff verließen nach dem Punkt den Sitzungssaal)

TOP 3 Einrichtung eines Bürgerbüros im Rathaus **Vorlage: 181/2010**

Stadtverordneter Hoffmann erklärte, dass allgemein bekannt sei, dass die SPD Fraktion schon seit langem die Einrichtung eines Bürgerbüros fordere. Entsprechende Pläne des Architekten Wimmers seien in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgestellt worden. Über einige Dinge wie Öffnungszeiten, behindertengerechter Zugang oder Bodenbeläge müsse noch diskutiert werden. Grundsätzlich danke er jedoch für die Planung.

Stadtverordneter Schumacher teilte mit, dass die CDU Fraktion ein Bürgerbüro ebenfalls begrüße. Er erkundigte sich, wie 275.000 € Kosten finanziert würden.

Stadtverwaltungsrat Gemünd antwortete, dass die Finanzierung bereits im Haupt- und Finanzausschuss am 19.05.2010 dargestellt worden sei. Für die investive Maßnahme des Bürgerbüros müssten bei zwei anderen Projekten Einsparungen erfolgen. Beispielsweise werde der Baubeginn des Ausbaus des zweiten Bauabschnitts der Konrad-Adenauer-Straße auf das Jahr 2011 verlegt. Grundsätzlich würden die Mittel aber durch die Aufnahme von zwei Krediten bereit gestellt. Das Projekt Bürgerbüro sei komplett darlehensfinanziert. Auf Nachfrage des Stadtverordneten Kohnen erläuterte Stadtverwaltungsrat Gemünd, dass er zum jetzigen Zeitpunkt natürlich keine abschließende Aussage machen könne. Zurzeit sehe es aber so aus, dass kein Nachtragshaushalt eingebracht werden müsse.

Stadtverordneter Kravanja informierte darüber, dass die Freie Bürgerliste mit der vorgestellten Planung zufrieden sei. Finanzielle Sorgfalt sei sicherlich angebracht, doch das Geld sei in diesem Fall gut angelegt. Die Servicequalität im Rathaus werde steigen und die Arbeitsbelastung der einzelnen Sachbearbeiter sinken. Zudem bat er eindringlich darum, die Öffnungszeiten auf Samstags auszuweiten. Dieser Aussage schloss sich der Stadtverordnete Sybertz an.

Bürgermeister Fiedler dankte für die neuerliche Anregung, die mit in die späteren Überlegungen eingehen würden. Derzeit stehe jedoch die bauliche Planung im Vor-

dergrund. Alle weiteren Prozesse würden zeitnah mit allen verhandelt und besprochen.

Stadtverordneter Benden meinte, dass ein Bürgerbüro mit vielen offensichtlichen Vorteilen verbunden sei. Hier werde das Prinzip „one face to the customer“ umgesetzt; andere Sachbearbeiter würden vom Publikumsverkehr entlastet, so dass mehr Arbeitszeit für andere Aufgaben zur Verfügung stünde. Insgesamt führe dies zu finanziellen Einsparungen. Trotzdem müsse er anmerken, dass seine Fraktion die Kosten für die Maßnahme nach wie vor problematisch finde. Auch wenn kein Nachtragshaushalt absehbar sei, fordere er die Verwaltung auf, mögliche Einsparpotenziale auszumachen. Auch kleine Beträge kämen hierbei der Stadt zugute. Zudem müssten Öffnungszeiten an Samstagen nicht nur wünschenswert sein sondern fest eingeplant werden.

Stadtverordneter Schumacher bemerkte, dass die CDU Fraktion die geschilderte Arbeitsentlastung der Verwaltung durch das Bürgerbüro eher kritisch sehe und die Maßnahme aufgrund der hohen Kosten insgesamt ablehne. Er stellte für die CDU Fraktion den Antrag auf Abstimmung über die Ablehnung des Bürgerbüros.

Beschluss:

- 1) Der Rat lehnte den Antrag der CDU Fraktion mit 22 Ja- und 13 Nein-Stimmen ab.
- 2) Der Rat der Stadt Geilenkirchen sprach sich mehrheitlich für die Einrichtung eines Bürgerbüros aus.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	22
Nein:	13
Enthaltung:	0

TOP 4 Beratung und Beschlussfassung über eine Fortschreibung des Maßnahmenkatalogs zum Konjunkturpaket II Vorlage: 173/2010

Stadtverordneter Benden führte aus, dass seine Fraktion die Verbesserung sowohl des Hauses Basten als auch des Wurmauenparks für erforderlich halte. Jedoch habe die Sanierung bestehender Objekte und Gebäude Vorrang vor anderen Projekten. Die Fenster am Haus Basten müssten einfach erneuert werden. Daher unterstütze seine Fraktion diese Maßnahme.

Stadtverordneter Schumacher mahnte, dass kein Grund zur Hektik bestehe. Maßnahmen, die aus dem Konjunkturpaket II finanziert würden, müssten zwar in 2010 begonnen, könnten aber in 2011 weitergeführt werden. Die Veranstaltung „Jugend trifft Politik“ habe die Meinung der CDU Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt nachhaltig beeinflusst. Daher wolle sie die Verwaltung beauftragen, ein Nutzungskonzept für den Wurmauenpark zu entwerfen.

Bürgermeister Fiedler wandte ein, dass eine derart kurzfristige Planung problematisch sei. Im Wurmauenparks sei vergleichbar mit Nachbargemeinden natürlich Gastronomie denkbar. Für diese Dimensionen würden die Mittel aus dem Konjunkturpaket II aber nicht reichen.

Stadtverordneter Schumacher warf ein, dass zunächst durchaus nur die Toiletten geplant werden könnten und von da aus Stück für Stück der weitere Ausbau in den kommenden Jahren erfolgen könne.

Stadtverordneter Kravanja stimmte zu, dass tatsächlich eine Toilettenanlage im Wurmauenpark benötigt würde. Die Entwicklung des Parks gehe in die richtige Richtung; eine Toilettenanlage könne die Attraktivität nur noch steigern. Ursprünglich habe er eine andere Wortmeldung geplant. Er glaube jedoch, dass sich die Bürgerliste geschlossen für eine Toilettenanlage aussprechen werde. Eine etwas abweichende Variante wäre z.B. die Planung eines Modulsystems. Vielleicht könne die Verwaltung hierzu bis Ende des Sommers einen Entwurf vorlegen.

Stadtverordneter Eggert warf ein, dass die SPD nach wie vor an ihren Vorstellungen festhalte. Der Traum einer Stadthalle im Wurmauenpark sei natürlich nicht realistisch. Der Vorschlag eines modulartigen Aufbaus könne vielleicht bis in den Herbst hinein von der Verwaltung erstellt werden.

Stadtverordneter Kappes erkundigte sich, ob für die Jugendlichen, die die Dirt-Bike-Anlage oder den Skater- und Basketballbereich benutzen, denn Toiletten zur Verfügung stünden.

Bürgermeister Fiedler erwiderte, dass die Stadt auf vielfachen Wunsch eine Containeranlage habe aufstellen lassen. Die Wünsche der Planung eines Modulkonzeptes für den Wurmauenpark kritisierte er. Man könne nicht ernsthaft „vom Klo heraus“ planen wollen. Davon könne er nur abraten.

Stadtverordneter Jansen eröffnete, dass er für die Toiletten im Wurmauenpark sei. Die Fenster im Haus Basten müssten aber ebenso ausgetauscht werden. Die Verwaltung könne doch kurzfristig eine Modullösung zur Verfügung stellen. So könne das Haus Basten erneuert und die Toilettenanlage verbessert werden.

Stadtverordneter Benden erörterte, dass man Geld nur einmal ausgeben könne. Es sei unstrittig, dass alle eine Verbesserung der Situation des Parks wollen. Es bestehe jedoch ein gewisser Zeitdruck, damit das Geld der Konjunkturpaket II Maßnahme nicht verloren gehe.

Stadtverordnete Kals-Deußen fragte hingegen, bis wann ein Konzept der Verwaltung erstellt werden könne.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann stellte klar, dass die Verwaltung kurzfristig kein Konzept erstellen könne. Dies könne lediglich über ein externes Büro geleistet werden, da im Hause keine Kapazitäten frei seien. Von einem verspäteten Baubeginn könne er nur abraten. Die Kontrollen des Rechnungshofes seien streng und die Einhaltung der Richtlinien über die Verwendung der Mittel werde intensiv überwacht.

Stadtverordneter Kravanja entgegnete, dass offensichtlich alle eine Toilettenanlage im Wurmauenpark begrüßen würden. Die Containeranlage sei ein erster Schritt in diese Richtung. Alle würden kostengünstig und vorausschauend planen. Seines Erachtens solle die Verwaltung bis nächstes Jahr ein Konzept entwickeln. Auf diese Weise würden die Mittel aus dem Konjunkturpaket II nicht verlorengehen.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann erinnerte daran, dass der Imbissbesitzer im Wurmauenpark den Schlüssel zur Toilettenanlage verwalte. Nur auf diese Weise könne Vandalismus vorgebeugt werden.

Stadtverordneter Hoffmann forderte ein klares Konzept für die geplanten Maßnahmen. Er sei enttäuscht über die bisherige Diskussion und die gemachten Aussagen. Es könne nicht sein, dass keine detaillierten Angaben wie ein Startzeitpunkt gemacht werden könnten.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass mit einem Konzept nicht vor dem 01.01.2011 gerechnet werden könne. Außerdem warnte er davor, 130.000 € in eine Toilette zu investieren und alle weiteren Planungen an diesen Toilettenbau zu binden.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten Frohn wurde über den letztendlichen Beschluss debattiert. I. Stadtbeigeordneter Hausmann betonte nochmals, dass für ein größeres Bauvorhaben im Wurmauenpark mindestens 500.000 € einkalkuliert werden müssten. Um ein solches Vorhaben seriös zu planen, seien mehrere Monate erforderlich. Auf Vorschlag des Stadtverordneten Kappes einigte man sich darauf, ein Konzept bis zur letzten Sitzung vor der Sommerpause 2011 vorzulegen.

Stadtverordneter Dr. Evertz schlug vor, dass in interfraktionellen Gesprächen bis Ende 2010 einige Vorüberlegungen für das Konzept angestellt werden könnten. Auf diese Weise sei möglich ganz direkt Vorstellungen und Vorschläge der Fraktionen zu übernehmen.

Beschluss:

1. Der Rat beschloss einstimmig, den fortgeschriebenen Maßnahmenkatalog zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II zu verabschieden und die Maßnahme „Sanierung Außenhülle Haus Basten“ der Maßnahme „Weiterentwicklung des Wurmauenparks“ voranzustellen.
2. Der Rat beauftragte die Verwaltung einstimmig, bis zur letzten Sitzung vor der Sommerpause ein Konzept zur Entwicklung des Wurmauenparks vorzulegen und die Bürger der Stadt bei den Überlegungen entsprechend zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 5 Durchführung eines Wegeeinziehungsverfahrens für einen städtischen Wirtschaftsweg in Apweiler
Vorlage: 178/2010

Stadtverordneter Kappes erklärte sich für befangen und verließ den Sitzungsraum. Seine Befangenheit begründete sich darin, dass seine Ehefrau Eigentum an der Nachbarfläche des in der Vorlage genannten Grundstückes habe und sie eventuell Vorteile aus der Wegeeinziehung genieße.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, die Satzung über die Einziehung des Wirtschaftsweges Gemarkung Immendorf, Flur 18, Flurstück 8, in der vorgelegten Fassung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 6 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 28 der Stadt Geilenkirchen für eine Bebauung des Grundstückes Jahnstraße Ecke Josefstraße
Vorlage: 183/2010

Beschluss:

Der Rat stimmte der Befreiung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 7 Ausbau der Straßen "Hahnrather Busch" und " Auf dem Tecker" in Süggerath
Vorlage: 210/2010

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Kravanja erklärte I. Stadtbeigeordneter Hausmann, dass ein Schlammfang am Ende der Straße eingebaut werde.

Stadtverordneter Solenski berichtete, dass zahlreiche Einwohner Anregungen zu Änderungen der Planung gegeben hätten. Ein Novum in dieser Einwohnerversammlung sei gewesen, dass Bürgermeister Fiedler zur Abstimmung über den Straßenbelag aufgerufen hätte. Dies habe er als besonders positiv empfunden.

Stadtverordneter Hoffmann schloss sich an, dass die Einwohnerversammlung besonders gelungen gewesen sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nahm das Ergebnis der Einwohnerversammlung zur Kenntnis und beschloss die vorgestellte Ausbauplanung einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 8 Ausbau der Straßen Frankenstraße, Oberste Hof und Weidengracht in Lindern
Vorlage: 212/2010**

Beschluss:

Der Rat der Stadt nahm das Ergebnis der Einwohnerversammlung zur Kenntnis und beschloss die vorgestellte Ausbauplanung einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 9 Vorstellung und Beratung der Entwurfsplanung zum Ausbau der Apweiler Straße in Immendorf
Vorlage: 085/2010**

Bürgermeister Fiedler informierte darüber, dass der Bewilligungsbescheid über die Landeszuwendungen für den Ausbau der Apweiler Straße am 29. Juni bei der Stadt eingetroffen sei und die Mittel bereit stünden.

Stadtverordneter Kappes fragte nach, ob auch direkt etwas gegen die Geruchsbelästigung aus dem Kanal getan werden könne.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann versicherte, dass eine Blaseneinrichtung installiert werde, um die Geruchsbelästigung zu beseitigen.

Beschluss:

Der Rat beschloss die im Umwelt- und Bauausschuss sowie in der Einwohnerversammlung vorgestellte Planung einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 10 Vorstellung und Beratung der Entwurfsplanung zur dorfgerechten Neugestaltung der Feigengasse in Prummern
Vorlage: 122/2010**

Beschluss:

Der Rat beschloss die in der Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses sowie in der Einwohnerversammlung vorgestellte Planung ergänzt um die in der Vorlage erwähnten Anregungen aus der Einwohnerschaft einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 11 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

1. Stadtverordneter Sybertz berichtete, dass der Wochenmarkt aufgrund des Public Viewing während der WM auf den Parkplatz in der Innenstadt verlegt worden sei. Viele Besucher würden sich sehr positiv über den Markt äußern, so dass die Frage aufgekommen sei, ob der Markt nicht seinen Standort ständig dorthin verlagern könne.

Bürgermeister Fiedler stimmte zu, dass sich sowohl die Besucher als auch die Marktbesucher äußerst positiv über den Standort geäußert hätten. Die Lage und die Voraussetzungen seien ihres Erachtens vortrefflich. Gerne würde man das Geschäft der Marktbesucher durch eine günstigere Lage unterstützen. Dies müsse nun sorgfältig unter Berücksichtigung peripherer Aspekte diskutiert werden.

2. Stadtverordneter Schumacher schilderte, dass die Verkehrsführung auf dem Parkplatz entgegen des Beschlusses des Rates ein Linksabbiegen in Richtung Hünshoven möglich mache. Zudem habe er gehört, dass die Aula an der Realschule nun anders gebaut werden solle, als beschlossen. Er erkundigte sich, wie eine Abänderung der Ratsbeschlüsse ohne vorherige Anfrage des Rates möglich sei.

Bürgermeister Fiedler führte aus, dass die Verkehrsführung auf dem Parkplatz schnelle und Entscheidungen erfordert hätte und eine minutiöse Erörterung im Rat nicht möglich gewesen sei. Zudem habe es zahlreiche Gründe gegeben, von den damaligen Ratsbeschlüssen abzuweichen und zu anderen Lösungen

zu kommen. Er habe lediglich Häme und Kritik von der Stadt fernhalten wollen. Die Verkehrsführung in der Innenstadt könne seines Erachtens nun erstmal für einige Wochen erprobt werden.

Stadtverordneter Benden schloss sich der Frage des Stadtverordneten Schumacher an und Stadtverordneter Schumacher kritisierte, dass die Entscheidung des Rates nicht eigenmächtig hätte umgangen werden dürfen. Die Verkehrsteilnehmer würden auf diese Weise die Einbahnstraßenregelung umgehen und es würde der unerwünschte Durchgangsverkehr entstehen. Die Art und Weise der Entscheidung sei nicht in Ordnung gewesen.

Bürgermeister Fiedler bat ausdrücklich darum, die Verkehrsführung in der Innenstadt für einen Monat zu testen und danach falls erforderlich eine neue Entscheidung zu fällen. Die Entscheidung über den Bau der Aula an der Realschule sei lediglich ausgesetzt worden, um Schäden von Geilenkirchen abzuwenden.

Stadtverordneter Conrads bemängelte ebenfalls die Verfahrensform des Bürgermeisters und warnte davor, eine Bananenrepublik zu werden, in der Beschlüsse des Rates einfach missachtet und umgangen würden.

3. Stadtverordneter Kuhn fragte nach, wann der Bau für die Regenrückhaltebecken in der Randerather Straße vorgesehen sei. Erst kürzlich habe ein Starkregenereignis stattgefunden, durch das die Straße komplett überflutet worden sei.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann antwortete, dass derzeit Grunderwerbsverhandlungen liefen und ein genauer Termin noch nicht absehbar sei.

4. Stadtverordneter Kuhn fuhr fort, dass am 25.06.2010 beim Bürgermeister eine Unterschriftenliste aus Beeck/Lindern/Tripsrath eingereicht worden sei. Nun habe er von Beecker Bürgern erfahren, dass diese Listen öffentlich bekannt gemacht worden seien. Er fragte nach, wie das sein könne.

Bürgermeister Fiedler erwiderte, dass er über die Angelegenheit ebenfalls informiert worden sei. Die Unterschriftenliste sei im Rathaus mit einem Vermerk der vertraulichen Behandlung versehen worden. Er könne versichern, dass keine Informationen aus der Verwaltung in die Öffentlichkeit gelangt seien. Vielleicht seien durch familiäre Beziehungen oder Gespräche unter der Dorfbewölkerung die Namen der Personen auf der Liste bekannt geworden.

5. Abschließend fragte der Stadtverordnete Kuhn nach, ob schon eine Protestnote der Bündnis 90/Die Grünen gegen die Baumfällaktion am Loherhof vorliege. Dies verneinte Bürgermeister Fiedler.
6. Stadtverordneter Kohnen erkundigte sich, welches der drei vorgestellten Modelle für die Gestaltung des Kreisverkehrs in der Innenstadt ausgewählt werde. Auf der kürzlich stattgefundenen Bürgerversammlung habe der neue Stadtplaner vorgeschlagen, sich mit der Gestaltung des Kreisverkehrs bis zu zwei Jahre Zeit zu lassen.

Bürgermeister Fiedler stellte klar, dass der Stadtplaner gemeint habe, dass man die Vorschläge wirken lassen solle. Die derzeitige Bepflanzung sei lediglich eine Übergangslösung. Er halte jedoch für sinnvoll alle möglichen Alternativen zur Gestaltung des Kreisverkehrs, auch unter Berücksichtigung der anfallenden Kosten in Betracht zu ziehen. Er wolle sich ungern zwischen den Modellen A, B oder C entscheiden, ohne die genauen Kosten, die tatsächlichen Ausführungsmöglichkeiten oder die Durchsicht zu überprüfen. Eventuell könne man nach der Sommerpause im frühen Herbst eine Idee präsentieren. Unabhängig von der Entscheidung schlage er vor, die Entwickler der verschiedenen Modelle als Zeichen der Anerkennung bspw. einen Gutschein zum Besuch eines Bildhauerworkshops zu schenken. Dieser Vorschlag erhielt positives Feedback.

TOP 12 Fragestunde für Einwohner

1. Herr Heiner Molz, Am Sonnenhügel, Geilenkirchen, schilderte, dass er in den vergangenen Tagen drei Maschinen der Awacs mit nur drei eingeschalteten Triebwerken beobachtet habe. In der Lärmschutzkommission sei zugesagt worden, das bekannte „touch and go“ zukünftig zu vermeiden. Er fragte nach, inwiefern sich der neue Rat bzw. die neue Verwaltungsspitze gegen die gesundheitsschädigenden Probleme wie den Lärm einsetzen werde und ob eine Reduzierung der „touch and go“ Flüge angestrebt werde.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass er prüfen werde, ob die Lärmschutzkommission einen entsprechenden Beschluss zu den „touch and go“ Flügen gefasst habe. Wenn dies tatsächlich so sei, werde er mit der Base Kontakt aufnehmen. Grundsätzlich bemühe sich diese, die Zahl der Übungsflüge möglichst gering zu halten. Durch die ständige Rotation der Piloten sei dies jedoch schwierig. Es werde sogar eine höhere Verweildauer der einzelnen nationalen Kontingente angestrebt. Eine Entscheidung könne aber nicht durch die hiesige Einrichtung getroffen werden.

2. Herr Josef Heinrichs, Neutichelen, Geilenkirchen, erkundigte sich, wann mit dem Ausbau der Landesstraße L364 begonnen werden soll.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann erklärte, dass der Ausbau nicht in 2010/2011 beginnen werde, da Abstimmungen mit der Deutschen Bundesbahn noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde.